



Der Entwurf sieht folgenden Steuertarif vor: Die Einkommensteuer beträgt bei einem Einkommen von 900 bis ausführlich 1000 M. 6.—M., von 1000—1100 8,50 M. 1100—1200 11.—M., 12—1400 13,50 M., 1400—1600 17.—M., 1600—1800 21.—M., 1800—2000 25.—M. 2000—2200 30.—M., 2200—2400 35.—M., 2400—2600 40.—M., 2600—2800 46.—M., 2800—3000 52.—M., 3000—3300 60.—M., 3300—3600 70.—M., 3600—3900 81.—M., 3900—4200 92.—M., 4200—4500 103.—M., 4500—4800 114.—M., 4800—5100 126.—M., 5100—5400 138.—M., 5400—5700 150.—M., 5700—6000 162.—M., 6000—6400 176.—M., 6400—6800 190.—M., 6800—7200 205.—M., 7200—7600 220.—M., 7600—8000 238.—M., 8000—8400 252.—M., 8400—8800 269.—M., 8800—9200 286.—M., 9200—9600 303.—M., 9600—10000 320.—M. Von 10.000 M. bis ausführlich 20.000 M. Einkommen steigen die Steuerstufen um je 500 M. und ist es erforderlich, daß in die Arbeitsstufen nur volkstümliche Arbeiter geholt werden. Abg. von Winterfeldt-Mentin (Cont.) ist mit der Vorlage im Großen und Gänzen einverstanden und hat es für erforderlich, daß die Steuerstufen um je 500 M. und von 20.000 M. Einkommen um je 10.000 M. Der Steuerstab beträgt bei einem Einkommen von 10.000—10.500 340.—M. und steigt von da an stufenweise um je 20.—M. von 20.000—21.000 390.—M. Von 75.000—76.000 3.500.—M. und steigt von da an stufenweise um je 50.—M. für die Steuerstufen von 10.000 M. an beträgt der Steuerstab je 50 Hundert des Einkommens, mit dem die Stufe beginnt.

### Politische Tageübersicht.

Berlin, 16. Febr. Zwischen Deutschland und Kanada ist ein Handelsabkommen in Aussicht gestellt, das am 1. März in Kraft treten soll.

Wiesbaden a. Rh., 15. Febr. Bei der geistigen Erwahlung wird darüber zu entscheiden, ob man sich gegen die Erziehung der Arbeitsstufen zusammensetzen, oder anderseits votre es verfehlte, sie gleich liberal zu errichten. Es ist es wichtig, daß dies nur je nach Bedarf geschieht. Damit, daß die Vorlage der Arbeitsstufenkommission der Wahlkartei ausschließt, sind wir einverstanden. Die Dessenheitlichkeit der Verhandlungen würdigen wir nicht.

Abg. Horn-Stein (natt.). Um Brünz müssen wir der Erziehung der Arbeitsstufen zustimmen, aber anderseits votre es verfehlte, sie gleich liberal zu errichten. Es ist es wichtig, daß dies nur je nach Bedarf geschieht. Damit, daß die Vorlage der Arbeitsstufenkommission der Wahlkartei ausschließt, sind wir einverstanden. Die Dessenheitlichkeit der Verhandlungen würdigen wir nicht.

Abg. Naumann (fr. Vp.) spricht seine Zustimmung zur Vorlage aus. Nedder ist erstaunt, daß man sich gegen die Erziehung der Arbeitsstufen zusammensetzen, die von den Arbeitern nicht mehr entbehrt werden können.

Staatssekretär Detfels erklärt: Mein Vorgänger war der Ansicht, daß es einer geforderten Organisation aller Techniker bedarf und daß sich dazu nicht eher ein Weg finden lassen werde, als nicht das jetzt vorliegende Gesetz verabschiedet und in seinen Konsequenzen zu übersehen ist. Sobald wir es wissen, wie an die Arbeit auch eine Art Gesetz zu Gunsten der Techniker heranzieht. Der Minister geht dann auf die von den Vorredner vorgebrachten Vermögens- und Wissensstufen ein und bittet zum Schlus das Haus, das Gesetz wegen eines Punktes der Arbeitsstufenkommission, die nicht wählbar sein sollen, nicht schaffen zu lassen.

Abg. Leyden (Goz.) führt aus, wir Arbeiter haben längst unzureichende Organisationen und wir verzögern gern auf eine Verfehlung in diesen Arbeitsstufen.

Nach weiteren unverbindlichen Bemerkungen der Abg. Schnell-Altenburg (Mp.), Külzler (Vole) und Behrens (Vp.), der das Gesetz ohne die Wahlbarkeit der Arbeitsstufenkommission erläutert, geht die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

München, 16. Febr. Nachdem in den beiden früheren Finanzjahren die Überschüsse 6 bzw. 21 Millionen verbraucht hatten, weist der bayerische Staatsminister für 1908/09 ein Defizit von 23 Millionen auf. 2 Februar vor Aler im Gesetz hat, das die Gesetz traten alle übereinstimmend bestätigt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Entschädigung der durch das Gesetz arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter wurde abgelehnt.

München, 16. Febr. Nachdem in den beiden früheren Finanzjahren die Überschüsse 6 bzw. 21 Millionen verbraucht hatten, weist der bayerische Staatsminister für 1908/09 ein Defizit von 23 Millionen auf. 2 Februar vor Aler im Gesetz hat, das die Gesetz traten alle übereinstimmend bestätigt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Entschädigung der durch das Gesetz arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter wurde abgelehnt.

Es folgt die erste Lesung des Haushaltsgesetzes.

Staatssekretär Detfels lebt dar, wie schwierig es sei, die komplizierten Verhältnisse der Heliarbeiter schmalisch zu reglementieren. Grundbesitzer haben die Regierung, in Sichtweite, bezogen haben. Der Gesetz ist eine Entschuldigung für die Überschüsse erlaubt.

Abg. Leyden (Goz.) führt aus, wir Arbeiter haben längst unzureichende Organisationen und wir verzögern gern auf eine Verfehlung in diesen Arbeitsstufen.

Paris, 15. Febr. Die Seine befindet sich weiter in bedeutendem Steigen. Ein Mitarbeiter des Petit Parisien hatte eine Unterbrechung mit einem hohen Beamten der Wasserbauabteilung, welches folgende Mitteilungen machte: Wir hoffen, daß das erwartete Steigen des Flusses nicht mehr als 1½ Meter betragen wird. Dennoch ist es möglich, daß angesichts der neuen starken Regenfälle und des plötzlichen Schneeschmelze sowie angesichts des schnellen Steigens der Marne ein plötzliches Anwachsen der Seine befürchtet. Die Regierung trifft Maßregeln, um eine Katastrophe zu verhindern.

Abg. Heming (Cont.) spricht sich gegen Vohnämter aus und fordert, daß die Vorlage nicht scheitern möge.

Abg. Manz (fr. Vp.) berichtet die Vorlage, die Bestimmungen enthalten, welche die Gehindigkeit in der Heim-Industrie fördere.

Nach noch die Abg. Eberling (natt.) seine Zustimmung zum dem Entwurf ausgesprochen, erklärt Abg. Schmidt-Berlin (Goz.), daß die Heimarbeit eine ganz ungünstige politisch-sociale Fehlstellung sei, die man bekämpfen müsse. Die Vorlage ist dann, nachdem die Abg. Külzler (Vole) und Behrens (Vp.) ammtliche Lohnfeststellung gefordert haben, an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Donnerstag, nachmittag 1 Uhr, Votabmahnung.

### Wahlsts-demonstrationen.

Hamburg, 15. Febr. Die Wahlsts-demonstrationen in Neumühlen wurden dadurch fehllich, daß die Schuhleute aus dem Schiffbrücke verschwanden. Als nämlich vor Jahresfrist ein Kumult entstand, ließ die Polizei am Tage darauf die Schuhleute und sie händer nicht mehr stampfen. Daraus sind fest verschiedene schwere Verlegerungen vorgekommen. Ein 50-jähriger Arbeiter erhielt einen Stoß auf den Rücken, der die Lunge blöslegte und mehrere Rippen brach. Er soll bereits gestorben sein. Ein zweiter Arbeiter ist angeblich ebenfalls tödlich verletzt, einem anderen wurde das rechte Ohr abgehauen. Außerdem sind etwa 40 Personen leichter verletzt worden. Eine ganze Reihe von Leuten wurden die Hände zerstochen. Die Polizei erklärte die Vorgehungen der Polizei als grob.

### Zur Greta-Frage.

Athen, 16. Febr. Die politische Lage zeigt hier eine neue Seite. Sowohl sich die Erfahrung bringen läßt, ist von neuem eine tiefsiegende Spaltung zwischen der Militärschaft und der Marine ausgebrochen, die zu einem blutigen Zusammenstoß führen kann. Die wichtigsten Punkte Athens waren gestern Nacht bekannt, daß man einen Angriff der Marine fürchtete. Typaldos ist gestern unvermutet nach Athen zurückgekehrt.

### Eine Verschwörung in Korea.

London, 16. Febr. In Südl. der Hauptstadt Koreas, ist man während der Untersuchung in Sachen der Ermordung des früheren Ministers Yi einer weitverzweigten Verschwörung auf die Spur gekommen, die den zweiten Verfolgte, sämtliche Regierungsmitschieder und führenden Japaner umzubringen, 15 Verhördreher wurden bereits verhaftet.

### Unruhen in Canton.

Paris, 16. Febr. Nach einer Depesche des Newyork Herald aus Canton haben sich die Unruhen gestern wiederholt. 6000 Soldaten, die nach europäischem Muster ausgebildet sind, haben gemeinsam am Laufe eines Geschlechtes mit dem Meere umhergestromt und am Ufer zerstreuen Materialien von dem untergegangenen Dampfer "General Chang" holt man dort an der Uferfest fest, daß eine furchtbare Explosion das Schiff zerstört haben muß. Es war bereits am Samstag verbleibt, daß sich

### Deutscher Reichstag.

(37. Sitzung vom 16. Februar, nachmittag 1 Uhr)

Bei der Tagesordnung steht die erste Lesung des Arbeitsstammesgeleis.

Abg. Will-Straßburg (fr. Els.) berichtet, daß die Regierung nur teilweise angesetzte habe, bringt die überdrüsige

gebliebenen früheren Kommissionsbeschlüsse zur Sprache

und hält es für unerlässlich, früheren Kommissionsbeschlüsse zur Sprache zu bringen.

Abg. von Winterfeldt-Mentin (Cont.) ist mit der Vorlage im Großen und Gänzen einverstanden und hat es für erforderlich,

dass die Steuerstufen um je 500 M. und von 20.000 M. Einkommen steigen um je 10.000 M. Der Steuerstab beträgt bei einem Einkommen von 10.000—10.500 340.—M. und steigt von da an stufenweise um je 20.—M. von 20.000—21.000 390.—M. Von 75.000—76.000 3.500.—M. und steigt von da an stufenweise um je 50.—M. für die Steuerstufen von 10.000 M. an beträgt der Steuerstab je 50 Hundert des Einkommens, mit dem die Stufe beginnt.

Abg. Horn-Stein (natt.). Um Brünz müssen wir der Erziehung der Arbeitsstufen zustimmen, aber anderseits votre es verfehlte, sie gleich liberal zu errichten. Es ist es wichtig, daß dies nur je nach Bedarf geschieht. Damit, daß die Vorlage der Arbeitsstufenkommission der Wahlkartei ausschließt, sind wir einverstanden. Die Dessenheitlichkeit der Verhandlungen würdigen wir nicht.

Abg. Naumann (fr. Vp.) spricht seine Zustimmung zur Vorlage aus. Nedder ist erstaunt, daß man sich gegen die Erziehung der Arbeitsstufen zusammensetzen, die von den Arbeitern nicht mehr entbehrt werden können.

Staatssekretär Detfels erklärt: Mein Vorgänger war der Ansicht, daß es einer geforderten Organisation aller Techniker bedarf und daß sich dazu nicht eher ein Weg finden lassen werde, als nicht das jetzt vorliegende Gesetz verabschiedet und in seinen Konsequenzen zu übersehen ist. Sobald wir es wissen, wie an die Arbeit auch eine Art Gesetz zu Gunsten der Techniker heranzieht. Der Minister geht dann auf die von den Vorredner vorgebrachten Vermögens- und Wissensstufen ein und bittet zum Schlus das Haus, das Gesetz wegen eines Punktes der Arbeitsstufenkommission, die nicht wählbar sein sollen, nicht schaffen zu lassen.

Abg. Leyden (Goz.) führt aus, wir Arbeiter haben längst unzureichende Organisationen und wir verzögern gern auf eine Verfehlung in diesen Arbeitsstufen.

Nach weiteren unverbindlichen Bemerkungen der Abg. Schnell-Altenburg (Mp.), Külzler (Vole) und Behrens (Vp.), der das Gesetz traten alle übereinstimmend bestätigt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Entschädigung der durch das Gesetz arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter wurde abgelehnt.

München, 16. Febr. Nachdem in den beiden früheren Finanzjahren die Überschüsse 6 bzw. 21 Millionen verbraucht hatten, weist der bayerische Staatsminister für 1908/09 ein Defizit von 23 Millionen auf. 2 Februar vor Aler im Gesetz hat, das die Gesetz traten alle übereinstimmend bestätigt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Entschädigung der durch das Gesetz arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter wurde abgelehnt.

Es folgt die erste Lesung des Haushaltsgesetzes.

Staatssekretär Detfels lebt dar, wie schwierig es sei, die komplizierten Verhältnisse der Heliarbeiter schmalisch zu reglementieren. Grundbesitzer haben die Regierung, in Sichtweite, bezogen haben. Der Gesetz ist eine Entschuldigung für die Überschüsse erlaubt.

Abg. Leyden (Goz.) führt aus, wir Arbeiter haben längst unzureichende Organisationen und wir verzögern gern auf eine Verfehlung in diesen Arbeitsstufen.

Paris, 15. Febr. Die Seine befindet sich weiter in bedeutendem Steigen. Ein Mitarbeiter des Petit Parisien hatte eine Unterbrechung mit einem hohen Beamten der Wasserbauabteilung, welches folgende Mitteilungen machte: Wir hoffen, daß das erwartete Steigen des Flusses nicht mehr als 1½ Meter betragen wird. Dennoch ist es möglich, daß angesichts der neuen starken Regenfälle und des plötzlichen Schneeschmelze sowie angesichts des schnellen Steigens der Marne ein plötzliches Anwachsen der Seine befürchtet. Die Regierung trifft Maßregeln, um eine Katastrophe zu verhindern.

Abg. Heming (Cont.) spricht sich gegen Vohnämter aus und fordert, daß die Vorlage nicht scheitern möge.

Abg. Manz (fr. Vp.) berichtet die Vorlage, die Bestimmungen enthalten, welche die Gehindigkeit in der Heim-Industrie fördere.

Nach noch die Abg. Eberling (natt.) seine Zustimmung zum dem Entwurf ausgesprochen, erklärt Abg. Schmidt-Berlin (Goz.), daß die Heimarbeit eine ganz ungünstige politisch-sociale Fehlstellung sei, die man bekämpfen müsse. Die Vorlage ist dann, nachdem die Abg. Külzler (Vole) und Behrens (Vp.) ammtliche Lohnfeststellung gefordert haben, an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Donnerstag, nachmittag 1 Uhr, Votabmahnung.

Es folgt die erste Lesung des Haushaltsgesetzes.

Staatssekretär Detfels lebt dar, wie schwierig es sei, die komplizierten Verhältnisse der Heliarbeiter schmalisch zu reglementieren. Grundbesitzer haben die Regierung, in Sichtweite, bezogen haben. Der Gesetz ist eine Entschuldigung für die Überschüsse erlaubt.

Abg. Leyden (Goz.) führt aus, wir Arbeiter haben längst unzureichende Organisationen und wir verzögern gern auf eine Verfehlung in diesen Arbeitsstufen.

Nach weiteren unverbindlichen Bemerkungen der Abg. Schnell-Altenburg (Mp.), Külzler (Vole) und Behrens (Vp.), der das Gesetz traten alle übereinstimmend bestätigt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Entschädigung der durch das Gesetz arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter wurde abgelehnt.

Es folgt die erste Lesung des Haushaltsgesetzes.

Staatssekretär Detfels lebt dar, wie schwierig es sei, die komplizierten Verhältnisse der Heliarbeiter schmalisch zu reglementieren. Grundbesitzer haben die Regierung, in Sichtweite, bezogen haben. Der Gesetz ist eine Entschuldigung für die Überschüsse erlaubt.

Abg. Leyden (Goz.) führt aus, wir Arbeiter haben längst unzureichende Organisationen und wir verzögern gern auf eine Verfehlung in diesen Arbeitsstufen.

Paris, 15. Febr. Die Seine befindet sich weiter in bedeutendem Steigen. Ein Mitarbeiter des Petit Parisien hatte eine Unterbrechung mit einem hohen Beamten der Wasserbauabteilung, welches folgende Mitteilungen machte: Wir hoffen, daß das erwartete Steigen des Flusses nicht mehr als 1½ Meter betragen wird. Dennoch ist es möglich, daß angesichts der neuen starken Regenfälle und des plötzlichen Schneeschmelze sowie angesichts des schnellen Steigens der Marne ein plötzliches Anwachsen der Seine befürchtet. Die Regierung trifft Maßregeln, um eine Katastrophe zu verhindern.

Abg. Heming (Cont.) spricht sich gegen Vohnämter aus und fordert, daß die Vorlage nicht scheitern möge.

Abg. Manz (fr. Vp.) berichtet die Vorlage, die Bestimmungen enthalten, welche die Gehindigkeit in der Heim-Industrie fördere.

Nach noch die Abg. Eberling (natt.) seine Zustimmung zum dem Entwurf ausgesprochen, erklärt Abg. Schmidt-Berlin (Goz.), daß die Heimarbeit eine ganz ungünstige politisch-sociale Fehlstellung sei, die man bekämpfen müsse. Die Vorlage ist dann, nachdem die Abg. Külzler (Vole) und Behrens (Vp.) ammtliche Lohnfeststellung gefordert haben, an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Donnerstag, nachmittag 1 Uhr, Votabmahnung.

Es folgt die erste Lesung des Haushaltsgesetzes.

Staatssekretär Detfels lebt dar, wie schwierig es sei, die komplizierten Verhältnisse der Heliarbeiter schmalisch zu reglementieren. Grundbesitzer haben die Regierung, in Sichtweite, bezogen haben. Der Gesetz ist eine Entschuldigung für die Überschüsse erlaubt.

Abg. Leyden (Goz.) führt aus, wir Arbeiter haben längst unzureichende Organisationen und wir verzögern gern auf eine Verfehlung in diesen Arbeitsstufen.

Nach weiteren unverbindlichen Bemerkungen der Abg. Schnell-Altenburg (Mp.), Külzler (Vole) und Behrens (Vp.), der das Gesetz traten alle übereinstimmend bestätigt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Entschädigung der durch das Gesetz arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter wurde abgelehnt.

Es folgt die erste Lesung des Haushaltsgesetzes.

Staatssekretär Detfels lebt dar, wie schwierig es sei, die komplizierten Verhältnisse der Heliarbeiter schmalisch zu reglementieren. Grundbesitzer haben die Regierung, in Sichtweite, bezogen haben. Der Gesetz ist eine Entschuldigung für die Überschüsse erlaubt.

Abg. Leyden (Goz.) führt aus, wir Arbeiter haben längst unzureichende Organisationen und wir verzögern gern auf eine Verfehlung in diesen Arbeitsstufen.

Nach noch die Abg. Eberling (natt.) seine Zustimmung zum dem Entwurf ausgesprochen, erklärt Abg. Schmidt

